

Bürger dürfen ab sofort bei Straßenplanung mitreden

Niedersachsen stellt Projekte ins Internet / Lies wirbt für A 20 und A 39

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) will die Bürger frühzeitig an der Planung neuer Autobahnen und Bundesstraßen beteiligen. Dafür stellt das Landesverkehrsministerium ab sofort alle vorhandenen Informationen über Neubau und Ausbauprojekte ins Internet – unter www.strassenbau.niedersachsen.de. „Wir leiten damit eine Form der Öffentlichkeitsbeteiligung ein, die es in dieser Form noch nicht gegeben hat“, sagte Lies am Montag, als er die Aktion vorstellte. Anregungen der Bürger zu Details der Straßenplanung sollten möglichst aufgegriffen werden. Allerdings werde es keine verbindlichen Abstimmungen im Netz über neue Autobahntrassen geben: „Es ist kein Voting und keine Meckerbox. Die jeweiligen Argumente zu der Straßenplanung werden aber sorgfältig gehört.“ Auch Befürworter einer neuen Autobahn etwa sollten sich äußern, sagte Lies, der sich ins-

gesamt ein breiteres Meinungsbild erhofft.

Das Landeskabinett hat die neue Öffentlichkeitsbeteiligung, die vor den üblichen gesetzlichen Verfahren durchgeführt werden soll, bereits beschlossen. Den Bürgern wird im Internet auf einer Niedersachsenkarte der Bundesverkehrswegeplan präsentiert, der den Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen skizziert. Die niedersächsischen Projekte werden detailliert beschrieben – mit Angaben zu den jeweiligen Straßenlängen, den Kosten und den Entwurfs- und Planungsstadien. Bis Ende dieses Jahres will Lies in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Kriterien festlegen, die Basis einer Prioritätenliste werden sollen. Diese wiederum soll bis März 2015 vorliegen und dann im Rahmen einer zweimonatigen Onlinekonsultation bei den Bürgern zur Diskussion gestellt werden: „Dann zünden wir die zweite Stufe der Bürgerinformation.“

Lies unterstrich auch, dass er an zwei Autobahnvorhaben festhalten will, die in Niedersachsen besonders umstritten sind – dem Bau der A 20, der Küstenautobahn, und der A 39, die parallel zur A 7 von Lüneburg nach Wolfsburg führt. Vor allem die Grünen sind gegen den Neubau dieser Strecken, deren Planung allerdings angelaufen ist. Die Grünen wollen lieber die B 4 ausbauen anstatt mit einer neuen Trasse die Landschaft zu zerschneiden. Lies meinte, Strukturentscheidungen, die für 60 Jahre und mehr halten sollten, „darf man nicht abhängig von Koalitionen machen“. Allerdings sind im Bund noch keine Entscheidungen für den Bau der A 39 gefallen.

Auch für ein Projekt, über das in der Region Hannover jahrzehntelang diskutiert wird, gibt es noch keine Bundesentscheidung – die Ortsumgehung Hemmingen. Lies betrachtet dieses Projekt aber als „gesetzt“.

Wohin führt die Bürgerbeteiligung?

Landtagsfraktionen reagieren höchst unterschiedlich auf den Plan von Verkehrsminister Lies

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Ungewöhnlich offen hat Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) am Montag für den Bau der Küstenautobahn geworben. „Die A20 als transeuropäische Verbindungsachse im Norden darf nicht nur als eine lokale Angelegenheit Niedersachsens gesehen werden, sondern als vordringliche Maßnahme Europas“, sagte Lies – und warb damit um Unterstützung des Bundes für ein Projekt, das die grünen Regierungspartner überhaupt nicht schätzen. Doch die Grünen gingen auf Lies' Autobahnwerbung gar nicht ein, sondern lobten stattdessen seine Pläne für die Bürgerbeteiligung. „Es ist absolut richtig, dass Niedersachsen seine gut informierten Bürger in den Entscheidungsprozess einbindet“, erklärte Susanne Menge, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen. „Wir gehen davon aus, dass die gesammelten Impulse ernst genommen werden.“

Tatsächlich wird die von Lies so gepriesene Küstenautobahn im rot-grünen Koalitionsvertrag nur mit ein paar Sätzen erwähnt. Man könne sie ja planen „mit beschränktem Mitteleinsatz“, haben SPD und Grüne festgeschrieben – aber mehr auch nicht. Deshalb hält CDU-Fraktionsvize Dirk Toepffer nicht viel

von Lies' neuer Autobahnzusage: „Auch diese Aussage zur A 20 ist mehr Beruhigungspille als Bekenntnis.“ Toepffer befürchtet, dass die von Lies angekündigte Öffentlichkeitsbeteiligung letztlich nur dazu diene, den Bau wichtiger Verkehrsprojekte auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Lies wolle mit seinem Aufruf zur Transparenz nur Zeit gewinnen, um sich vor einer Entscheidung

KOMMENTAR

Netzwerker Lies

Verkehrsminister Olaf Lies hat wenig Macht, aber viel Charme. Charmant sind auch die Möglichkeiten, die das Netz bietet bei der Verkehrsplanung. Man kann sich einzelne Strecken jetzt wunderbar anschauen, den Planungsstand abrufen sowie detaillierte Informationen über Kosten und Trassen bekommen. So werden per Mausclick Träume von Verkehrsplanern wahr – so entsteht im Norden die Küstenautobahn, von der vor Jahrzehnten schon Fischfabrikanten schwärmten, und im Osten die A 39.

Doch man sollte die virtuelle Welt nicht

zu drücken, die für das rot-grüne Bündnis zu einer Dauerbelastung werde.

Lies' Vorgänger im Verkehrsministerium, Jörg Bode, denkt da schlichter. Der Liberale begrüßt das „Bekenntnis zur A 20 und zur A 39“ und wünscht ironisch „viel Erfolg, den Bau bei den Grünen durchzusetzen“. Lob kommt auch von Gerd Will, dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD. „Ein fleißiger Minis-

ter, der den Ball nach vorne schlägt“, meint Will zu Lies' Öffentlichkeitsoffensive: „Wir haben aus ‚Stuttgart 21‘ gelernt und wollen den Krach nicht erst bei der Planfeststellung.“ Wegen der in sieben Planungsabschnitte unterteilten A 39 werde es keinen Krach mit den Grünen geben. „Wir haben als Alternative zur A 39 auch den Ausbau der B4 nach Berlin gegeben. Wir sind da flexibel.“

mit der realen verwechseln – und da haben beide Autobahnprojekte beharrliche Gegner. Mindestens so schwer wie die Ablehnung der Grünen wiegt die Sparsamkeit des Bundes. Wenn der Netzwerker Lies mit seiner Öffentlichkeitsoffensive auch den Bund nicht überzeugen wird, so könnte er etwas Dynamik ins rot-grüne Bündnis bringen. Sofern sich nicht nur die Autobahnkritiker im Netz melden. Lies setzt ganz darauf, dass sein Internetangebot nicht zur „Mecker-Box“ wird. Ob er sich da nicht täuscht?

MICHAEL B. BERGER

